

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Michael Wäschenbach (CDU)

Bikepark im Idarwald; Mountainbikepark

In Stipshausen in der Verbandsgemeinde Rhaunen plant die Firma ecoparc concepts einen Bikepark mit einem 23 Kilometer langen Netz aus Trails, einem Schlepplift und weiteren Einrichtungen. Direkt betroffen ist eine Fläche von rund 45 Hektar.

27 000 Besucher werden pro Jahr erwartet, die Zahl soll sich innerhalb von fünf Jahren verdoppeln. Dieses Projekt, das einen massiven Eingriff in das FFH-Gebiet Idarwald, in die Kernzone des Naturparks „Saar-Hunsrück“ und in das Landschaftsschutzgebiet „Hochwald“ darstellt, wird vom Staatssekretär im Umweltministerium, Dr. Thomas Griese, unterstützt. Dies ist in mehreren Beiträgen in der Nahe-Zeitung nachzulesen, z. B. in der Ausgabe vom 21. Mai 2019. Naturschutzangelegenheiten werden von Herrn Dr. Griese öffentlich infrage gestellt, zuletzt im Festzelt auf dem Nationalparkfest am 19. Mai 2019 (siehe hierzu die Nahe-Zeitung vom 21. Mai 2019 und 22. Mai 2019).

Die für die Genehmigung zuständige SGD Nord hatte bereits im Jahre 2016 eine Befreiung von der Naturparkverordnung in Aussicht gestellt.

Die Schäden in den Naturhaushalt werden im Rahmen dieses massiven Eingriffs vermutlich erheblich sein. Naturschützer sind der Auffassung, dass der Eingriff aufgrund seiner Schwere nicht ausgleichbar ist. Besonders für die scheue Europäische Wildkatze (laut Roter Liste als gefährdet eingestuft) könnte das Projekt in Rheinland-Pfalz das Aus bedeuten.

Die Europäische Kommission hat ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet, weil die Bundesrepublik ihren Verpflichtungen im Arten- und Naturschutz etwa nach der FFH-Richtlinie nicht nachkommt. Die Genehmigung des Bikeparks und damit die Zerstörung eines FFH-Gebiets wäre auch vor diesem Hintergrund kaum zu verantworten.

In der Biodiversitätsstrategie des Landes hat sich Rheinland-Pfalz verpflichtet, erstes „die Vielfalt der Natur zu bewahren“, und zweitens den günstigen Erhalt der Arten und Lebensraumtypen wiederherzustellen und zu bewahren.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Warum unterstützt die Landesregierung den geplanten Eingriff in das FFH-Gebiet, in die Kernzone des Naturparks und in ein Landschaftsschutzgebiet in Anbetracht der Verpflichtungen nach bundesdeutschem und europäischem Naturschutzrecht sowie den Verpflichtungen des Landes nach der eigenen Biodiversitätsstrategie?
2. Aus welchem Grund setzt sich die Landesregierung für diesen erheblichen und offensichtlich nicht ausgleichbaren Eingriff in natürliche Lebensräume ein?
3. Warum sucht sie nicht gemeinsam mit Naturschutzverbänden nach weniger konfliktträchtigen Alternativstandorten?
4. Wie kann die Landesregierung einen solchen Verlust von Kernlebensräumen für eine streng geschützte Art der Wildkatze und weitere hier vorkommende Arten im Zeitalter des dramatischen Artensterbens verantworten?
5. Wie ist der aktuelle Sach- und Verfahrensstand beim geplanten Mountainbikepark Idarwald?
6. Hat das Umweltministerium und/oder die zuständige Genehmigungsbehörde eine rechtliche Prüfung des Bauantrages vornehmen lassen? Falls ja, zu welchem schriftlichen Ergebnis sind diese Prüfungen gekommen?
7. Hat das Umweltministerium und/oder die zuständige Genehmigungsbehörde prüfen lassen, ob die erforderliche Befreiung von der Naturparkverordnung rechtlich überhaupt möglich ist? Falls ja, zu welchem Ergebnis ist diese schriftliche Prüfung gekommen?

Michael Wäschenbach